

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 845-48 ppbn d

## Inhalt

Egbert Reinhard MdL begründet die Diäten-Anhebung der nordrhein-westfälischen Abgeordneten.

Seite 1/2

Uwe Holtz MdB sieht Chancen für eine Demokratisierung in Lateinamerika.

Seite 3

Heinz Menzel MdB warnt die Opposition davor, beim Energieeinsparungsgesetz durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses nachträgliche Änderungen anzustreben.

Seite 4

Eine Umfrage in NRW beweist: Mädchen wählen stärker als bisher traditionelle "Männerberufe".

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 98

26. Mai 1978

Demokratie zum Nulltarif ?

Notwendige Anmerkungen zur nordrhein-westfälischen Diäten-Diskussion

Von Egbert Reinhard MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion  
von Nordrhein-Westfalen

Der nordrhein-westfälische Landtag berät zur Zeit über einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Abgeordneten, der in der Öffentlichkeit unter dem Stichwort "Diätengesetz" zu Aufregung geführt hat. Der Entwurf, vom Landtagspräsidenten vorgelegt und von allen drei Fraktionen eingebracht, sieht unter anderem vor, daß die Abgeordneten künftig eine Grundentschädigung von 6.750 DM erhalten sollen, die zu versteuern sein wird, dazu eine steuerfreie Kostenpauschale von 3.800 DM sowie eine beitragsfreie Altersversorgung, deren Höchstbetrag nach 15jähriger Zugehörigkeit zum Landtag vom 56. Lebensjahr an 5.062,50 DM betragen würde.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits vor der Einbringung des Gesetzentwurfes erklärt, daß sie jedenfalls bei der Kostenpauschale und bei der Altersversorgung Korrekturen nach unten befürworten werde, die sie inzwischen konkretisiert hat. Nach unseren Vorstellungen soll danach für die Altersversorgung der Abgeordneten ein Eigenbeitrag in Höhe von ca.

zehn Prozent der Grundentschädigung geleistet werden. Die Kostenpauschale soll erheblich niedriger ausfallen: Etwa zwischen 2.300 und 3.100 DM je nach Arbeitsbelastung des Abgeordneten und der Entfernung seines Wohnorts vom Sitz des Landtages. Im Schnitt würde dabei ein Betrag von 2.600 DM herauskommen. Mit dieser "Marschroute" werden die Vertreter der SPD-Fraktion im Hauptausschuß verhandeln, der sich in der kommenden Woche in einer Klausurtagung mit dem Abgeordnetengesetz beschäftigen wird.

Bei der öffentlichen Diskussion um den Gesetzentwurf sind eine Reihe von Besonderheiten festzustellen:

Neben der sehr ernst zu nehmenden Sorge darum, daß sich die Abgeordneten mit dieser Entschädigungsregelung zu weit von den Arbeitnehmern entfernen könnten (diese Sorge hat auch in den Diskussionen der SPD-Fraktion eine große Rolle gespielt), muß leider konstatiert werden, daß Unkenntnis über das Karlsruher Urteil, Unkenntnis über die heutigen Einkommensverhältnisse der Abgeordneten, unzulässige Vermischung von Entschädigung und Kostenerstattung sowie bedenkliche antiparlamentarische Emotionen eine Rolle spielten.

Tatsache ist, daß das Karlsruher Urteil das Abgeordnetenamt zu einem Vollzeitberuf erklärt hat und zwingend vorschreibt, daß ihm dafür eine Vollalimentation zu gewähren ist, die ihm gestattet, allein von diesen Bezügen zu leben - und zwar unabhängig davon, ob er daneben noch andere Einkünfte hat oder nicht. In das Parlament gewählte Beamte dürfen weder ihr Gehalt noch etwa ein Ruhegehalt beziehen.

In unserer Fraktion (ich bin sicher: im ganzen Landtag) gibt es heute niemand, der allein von den Diäten lebt. In ihrer ganzen Konstruktion waren die Diäten bisher immer ein mehr oder weniger üppiges steuerfreies Zubrot zu anderen Einkünften. Das wird künftig anders sein. Nicht nur die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, sondern auch viele andere Abgeordnete werden künftig allein von der Abgeordnetenentschädigung leben müssen. Für viele bedeutet das im Ergebnis geringere Einkünfte als bisher.

Für unzulässig halte ich es, die Grundentschädigung und die Kostenpauschale zu einem Gesamteinkommen zusammenzufassen. Die Kostenpauschale wird dem Abgeordneten u.a. dafür gewährt, daß er ein Büro unterhält, telefoniert, Briefe schreibt, Reisen unternimmt etc. Kein Angestellter würde es sich gefallen lassen, daß man ihm die Kosten für seinen Arbeitsplatz oder die Kosten für Fahrt, Verpflegung und Übernachtung auf einer Dienstreise als Einkommen anrechnet. Und das zu Recht!

Am bedenklichsten sind aber die antiparlamentarischen Emotionen, die in vielen Stellungnahmen zum Ausdruck kommen. Da werden in Leserbriefen die gleichen Politiker quasi zu Dilettanten erklärt, für die jede Bezahlung hinausgeworfenes Geld wäre, von denen man auf der anderen Seite perfekte, zugleich einfache und allen Lebensumständen gerecht werdende Gesetze und eine effiziente Kontrolle der Regierung verlangt. Vielen dieser Briefschreiber, die da unterschwellig die Abschaffung der Parlamente fordern, scheint nicht bewußt zu sein, daß Demokratie ein hoher Wert ist und daß gut bezahlte, ihre Aufgabe verantwortungsbewußt wahrnehmende demokratische Abgeordnete für unseren Staat zwar nicht die "billigste", in jedem Fall aber die preiswerteste Lösung darstellen.

(-/26.5.1978/va-he/10)

+ + +

Wahlen in Bolivien - Chance für das demokratische Südamerika

---

Bundesrepublik wird die Entwicklung aufmerksam verfolgen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Südamerika gibt es in den nächsten Wochen wieder einige Hoffnungszeichen. Nachdem er sieben Jahre im Präsidentenamt war, will der Militär Hugo Banzer am 9. Juli Wahlen veranstalten. Jeder, der die reaktionäre Entwicklung auf dem Kontinent verfolgt hat, wird mit den bolivianischen Demokraten hoffen, daß dieses Datum ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der Demokratie wird.

Banzers Mitte Mai in einer Fernsehansprache gemachte Äußerung, er "hoffe, die Regierung an denjenigen Kandidaten übergeben zu können, der am 9. Juli bei den Wahlen als Sieger hervorgeht", läßt fürchten, daß der General ein Ergebnis anvisiert, wie es jüngst in Santo Domingo Präsident Joaquín Balaguer durchgesetzt hat. Präsident Banzer ist gewarnt, seinen Wunsch Kandidaten General Juan Bereda Asbun auch dann als Präsidenten zu installieren, wenn das Ergebnis dies nicht rechtfertigt.

Tatsächlich können die Wahlen in Bolivien bei korrektem Verlauf, der Auftakt dafür werden, daß die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in diesem Land endlich wieder Geltung erlangen. Dazu zählt selbstverständlich auch die Wiederherstellung der vollen Parteien- und Pressefreiheit.

Sollten die Wahlen im Lande des Freiheitskämpfers Simon Bolívar diesen Beitrag leisten, dann sind sie dazu geeignet, den demokratischen Kräften auch in anderen Staaten Lateinamerikas Mut zu machen. Die Bundesregierung sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Wege und Mittel - insbesondere auch über die wirtschaftliche Zusammenarbeit - nutzen, um zu einer demokratischen Entwicklung in Bolivien beizutragen.

(-/26.5.1978/vo-hc/lo)

Die CDU/CSU sollte den Bogen nicht überspannen

---

Zur Diskussion um das Gesetz zur Einsparung von Heizenergie

Von Heinz Menzel MdB

In zügiger Behandlung hat das Parlament das Wohnungsmodernisierungsgesetz verabschiedet. Damit ist für die Förderung energiesparender Maßnahmen, die einige CDU-Länder zunächst zum Scheitern gebracht hatten, doch noch eine Möglichkeit eröffnet worden.

Wichtig dabei ist, daß es der Koalitionsregierung gelungen ist, überwiegend die Zuschußregelung zu erhalten, weil nur auf diesem Wege auch die Mieter von der Förderung der Energiesparmaßnahmen profitieren, während Nutznießer einer ausschließlich steuerlichen Regelung allein die Hauseigentümer wären, und zwar - im Gegensatz zur Förderung durch Zuschüsse - diejenigen mit hohem Einkommen in erheblich größerem Umfang als die weniger Verdienenden.

Wie nunmehr zu erfahren ist, will die CDU den Vermittlungsausschuß anrufen mit dem Ziel, doch noch eine stärkere Förderung über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten zu erreichen. D.h. die Mittel, die bereit stehen, um über Zuschüsse energiesparende Maßnahmen zu fördern, sollen nach dem Willen der Opposition weiter reduziert werden.

Die CDU sollte sich darüber im klaren sein, daß hier im Interesse der Mieter und der weniger wohlhabenden Hauseigentümer enge Grenzen gesetzt sind. Sie sollte den Bogen nicht überspannen. Schließlich geht es darum, energiesparende Maßnahmen zu fördern und an dem Förderungsbetrag die Betroffenen gleichermaßen Anteil haben zu lassen, und nicht darum, vor allem besser Verdienenden steuerliche Vorteile zu verschaffen.

(-/26.5.1978/vo-he/10)

### Neue Berufswege für Mädchen

---

Jedes vierte Mädchen will einen Jungen-Beruf erlernen

Jedes vierte Mädchen in Nordrhein-Westfalen ist an einem Ausbildungsplatz im gewerblich-technischen Bereich interessiert, in dem bisher fast ausschließlich Jungen ausgebildet worden sind. Das ist das interessanteste Ergebnis einer Fragebogenaktion, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in NRW durchgeführt wurde. Unentwegte Inspiratorin für die "Öffnung neuer Berufswege für Mädchen" ist die AsF-Landesvorsitzende, Inge Donnepp, die bis zur Berufung als Justizministerin in Düsseldorf Minister für Bundesangelegenheiten des Landes und gleichzeitig Beauftragte des Landes NRW für frauenpolitische Angelegenheiten war. Hatte sie in dieser wichtigen Rolle mit einer verhältnismäßig kleinen Arbeitsgruppe schon zahlreiche Anregungen und Initiativen unterbreitet, um Frauen und Mädchen nicht immer wieder in die sogenannten Traditionsberufe für Frauen zu zwingen, ist die jetzt unter ihrer Leitung durchgeführte Umfrage ein Musterbeispiel frauenpolitischer Aktivitäten, das nur zur Nachahmung empfohlen werden kann.

Die ersten vorliegenden Umfrageergebnisse aus Nordrhein-Westfalen sind so präzise ermittelt und prognostiziert worden, daß sie durchaus geeignet sind, bundesweit bewertet und ausgewertet zu werden:

- 1/ Das erste Ergebnis sagt eindeutig aus, daß Jungen- bzw. Männerberufe noch immer Mädchen versperrt sind. Sonst wäre nicht jedes vierte Mädchen bereit, sich im gewerblich-technischen Bereich mit Jungen und Männern beruflich zu messen und zu bewähren.
- 2/ Das wird insbesondere dadurch erhärtet, weil 24 Prozent der befragten Schülerinnen der neunten und zehnten Klasse spezifizierte Berufswünsche anmeldeten. Fast ein Viertel will Elektrotechniker, Werkzeugmacher, Gerätemechaniker oder Schlosser werden.
- 3/ 46 Prozent waren an Metallberufen desinteressiert, würden aber einen rein handwerklichen Beruf, der ebenfalls noch immer "traditionell" dem männlichen Ge-

schlecht vorbehalten ist, erlernen. Diese Gruppe nannte als Berufswunsch Maler oder Anstreicher, Tischler oder Dekorateur.

- 4/ Nur 30 Prozent der Mädchen wollen auf keinen Fall einen Beruf erlernen, der von Männern "beherrscht" wird. Sie streben weiterhin einen ausgesprochen mädchen- bzw. frauenspezifischen Beruf an, z.B. als Verkäuferin, Sprechstundenhilfe, Friseurin oder Bürogehilfin, obwohl es 80 Prozent dieser befragten Gruppe bewußt ist, daß sie in diesen typischen Frauenberufen durchschnittlich um ein Drittel schlechter bezahlt werden als in typischen Männerberufen.

"Der Einstieg in sogenannte Modeberufe ist für Mädchen indes ebenso problematisch wie für Jungen." Diese nüchterne Folgerung der nordrhein-westfälischen AsF-Vorsitzenden Inge Donnepp ist ebenso realistisch, wie es auf der Ebene der Berufsberatung offensichtlich noch immer Informationslücken gibt. Hier scheinen die "alten Zöpfe" der "beruflichen Geschlechterteilung" noch nicht eingemottet worden zu sein. Minister Inge Donnepp hingegen plädiert beharrlich dafür, daß sich Mädchen um Ausbildungsplätze bemühen, die bisher überwiegend von Jungen besetzt worden sind, gute Zukunftschancen bieten und zudem oft nicht von männlichem Nachwuchs ausgefüllt werden können.

Mädchen verlassen die Schule - das ist nachgewiesen - mit besseren Abschlußzeugnissen. "Sie haben damit auch gute Chancen, in qualifizierten Berufen ausgebildet zu werden", folgert Inge Donnepp, die in diesem Zusammenhang ihrer Freude Ausdruck gibt, daß diese Tatsache "offensichtlich in zunehmendem Maße von den Mädchen und auch von den Arbeitgebern erkannt wird". Beispiele gibt es in Nordrhein-Westfalen inzwischen dafür, daß Handwerksbetriebe und größere Industriebetriebe dazu übergegangen sind, Mädchen auch Ausbildungsplätze anzubieten, die bisher ausschließlich Jungen vorbehalten waren. Das kann aber nur ein Anfang sein.

Erich Paykowski  
(-/26.5.1978/ks/lo)

+ + +